

AKTUELL

VIDEOÜBERWACHUNG

Vom Recht auf Kameras

Raymond Klein

Die längst überfällige Studie zur Wirksamkeit der Kameras am hauptstädtischen Bahnhof und in der Oberstadt liegt vor. Das Ergebnis ist nur auf den ersten Blick positiv.

„Die Videoüberwachung in der Stadt Luxemburg hat sich bewährt.“ Beim Lesen dieses Satzes in der Schlussfolgerung der Visupol-Studie über die Wirksamkeit der Videoüberwachung in der Stadt Luxemburg kommt der Verdacht auf, es handle sich um eine Gefälligkeitsstudie. Das ist aus zwei Gründen nicht der Fall.

Zum einen wird, wer das 60-seitige Dokument studiert, merken, dass der Autor an das glaubt, was er schreibt. Professor Manfred Bornewasser ist „Fan“ der Videoüberwachung und wenig besorgt über ein Abdriften der Überwachungsmaßnahmen in Richtung Polizeistaat. Konsequenterweise empfiehlt der Experte, „alle gesetzlichen Bestimmungen und Auflagen, die von Zweifeln an der Rechtmäßigkeit der Nutzung und des Einsatzes der Videoüberwachung geprägt waren“, zu überprüfen und gegebenenfalls zu beseitigen. Befreit vom „Dauerverdacht des Daten- und Überwachungsmissbrauchs“ könnte dann die „Prozesskette von der Entdeckung bis hin zur finalen Sanktionierung“ optimiert werden - Judge Dredd lässt grüßen.

Zum anderen löste Bornewassers Vortrag in der Kommission de l'Intérieur nicht nur bei den Grünen einige Skepsis aus: „Die Kriminalität wurde an den Orten, an denen sich die Videokameras befinden, reduziert. Es gab aber eine Verlagerung hin zu Stellen, wo sich keine Kameras befinden“, hat Kommissionspräsident Ali Kaes von der CSV laut Wort festgehalten. Auf das gesamte Kriminalitätsaufkommen bezogen, das gibt Bornewasser zu, hat die Videoüberwachung einen kaum messbaren Effekt. Ihr Image als polizeiliche Wunderwaffe dürfte die Installation von Kameras damit verloren haben.

Doch Bornewasser sieht das nicht wirklich als Problem. Mehrfach insistiert er, wie wichtig die Bekämpfung sozialer Ursachen sei - auch wenn man sich manchmal fragt, welche Form der „Bekämpfung“ nach seinem Geschmack ist. Lohnend sind die Kameras nach Ansicht des Professors

allein schon weil die „störenden Anlässe und Vorkommnisse (...) auch den Wirtschaftsstandort Luxemburg insgesamt gefährden“. Und die Kameras - das bestreiten auch die Kritiker nicht - schaffen tatsächlich ein Gefühl der Sicherheit.

Das aber wirft die Frage der Verhältnismäßigkeit auf. Bei polizeilichen Mitteln, die entscheidend dazu beitragen, Verbrechen zu verhindern oder aufzuklären, muss man sicher bis zu einem gewissen Grad Einschränkungen der Grundfreiheiten in Kauf nehmen. Doch bei Mitteln, die Kriminalität nur verdrängen und deren einziger Erfolg eine Verbesserung der „gefühlten“ Sicherheit ist, wird man sehr genau überlegen wollen, ob Eingriffe wie großflächige Videoaufzeichnungen von Privatpersonen im öffentlichen Raum zu rechtfertigen sind. Hier ist die Studie erwartungsgemäß keine Hilfe, denn Datenschutz ist für den Autor ein Fremdwort. Lapidar stellt er fest: „Mehr Sicherheit ist eingetreten, ohne einen Verlust an Privatheit. Einschränkungen der eigenen Privatheit werden an keiner Stelle [der Bürgerbefragung] thematisiert.“

Doch eine andere Frage wird sich in den kommenden Monaten stellen. Nehmen wir einmal an, die Regierungsparteien finden, die Verhältnismäßigkeit sei gegeben und die Kameras sollten bleiben. Dann wird man die durch die Verdrängung der Kriminalität erzeugten Probleme angehen müssen, die in der Studie angeführt werden: Drogendelikte in der Umgebung der Schule in der Rue du Fort Weddell, Verlagerung der Drogenszene nach Bonneweg bis hin zu einer „Ghettobildung“ zwischen Kirche und Gleisanlagen.

Der Ruf nach mehr Kameras wird laut werden, zuerst im Bahnhofsviertel und in Bonneweg, dann in Hollerich, Gasperich und im Petrus-Park. Was für das eine Viertel recht ist, muss für das andere bllig sein, werden Bürgerinitiativen und Lokalpolitiker argumentieren. Wem Verdrängung und Sicherheitsgefühl als Gründe für Videoüberwachung ausreichen, der muss in letzter Konsequenz eine flächendeckende Überwachung in der ganzen Stadt, ja, im ganzen Land befürworten. Dann hätten wir endlich ein sauberes Luxemburg.

SHORT NEWS

La foire de l'étudiant sans les pirates

Comme nous vous en avons déjà parlé (voir woxx 1126), le parti des pirates s'est offusqué de ne pas pouvoir participer à la foire de l'étudiant, le Cedies leur ayant refusé l'accès. Et ce pour un motif - ils ne seraient pas représentés à la Chambre des députés - qu'ils ne trouvent guère valable. Car si tel était le cas, pourquoi d'autres organisations de jeunesse, comme les Jeunesses socialistes, Déi jonk Gréng ou encore l'Adrenalin, qui se disent indépendantes des partis-mères, ont-ils le droit de participer ? Le député vert Claude Adam a pris en pitié le jeune parti et a posé dans ce sens une question parlementaire au ministre Biltgen dont la réponse vient de tomber. Réponse, ou plutôt esquivé du ministre concerné, puisqu'il s'en remet à Confédération générale de la jeunesse luxembourgeoise (CGJL) dont toutes les sections jeunes des partis sont membres, excepté le parti des pirates. Et pour cause, avec la moyenne d'âge de ce parti, une section jeunesse devrait se faire changer les couches toutes les bonnes heures. Pourtant, les thèmes que le parti des pirates aborde, intéresseraient sans doute plus les jeunes que d'autres partis. Mais, comme toujours, l'esquive bureaucratique et peut-être même la peur de se faire concurrencer par ce parti, qui a le vent en poupe en Allemagne, priment sur le bon sens.

De la fumée, mais pas (encore) de feu

La joie de l'opposition, c'est de profiter de chaque occasion pour semer le trouble dans une coalition gouvernementale en appuyant sur les contradictions des ressorts partagés par deux ou plusieurs ministres affiliés à des partis différents. Le député libéral Fernand Etgen n'a pas raté l'occasion, cette semaine, en s'adressant à la ministre des Classes moyennes et du Tourisme, Françoise Hetto-Gaasch (CSV), à propos de la législation sur le tabac. Le DP, dont l'opposition à l'interdiction de fumer dans les bistrotts n'est un secret pour personne, revient sur des déclarations de la ministre qui serait favorable à une solution laissant le libre choix aux propriétaires des débits de boissons. Ce qui va évidemment à l'encontre de la politique poursuivie par le ministre de la Santé, le socialiste Mars di Bartolomeo. Histoire de tenter d'envenimer les rapports entre les deux ministres, Etgen demande ainsi à la ministre de s'exprimer plus concrètement sur la nature des solutions qu'elle envisage ainsi que de quelle manière elle entend venir en aide financièrement aux cafetiers pénalisés par une éventuelle interdiction de fumer généralisée. Peut-être faudrait-il prévoir un calumet de la paix que les ministres pourront faire tourner lors de prochains conseils de gouvernement.

woxx@home

Coup Bascharage

„CSV-Parteipräsident Wolter muss das Bürgermeisteramt an den jungen LSAP-Mann Yves Cruchten abgeben.“ Einmal mehr fiel die woxx ihrem doch recht frühen Redaktionsschluss am Donnerstag zum Opfer. Denn als die woxx-AbonnentInnen am Freitag ihre Zeitung in der Hand hielten, war bereits klar, dass das mit Rot-Grün nichts wird in Käerjeng. Sehr zum Bedauern ihrer Parteizentrale tun sich die grünen Lokaladilen schwer mit dem Wahlsieger LSAP ... und wollen lieber unter dem CSV-Präsidenten dienen. Andernorts sind es die Grünen, an deren Nase vorbei Koalitionen gebildet werden. So gesehen sind (fast) alle Parteien sowohl Opfer als auch Täter im Spiel das da heißt, den ominösen Wählerwillen ad absurdum zu führen. Es wird in den nächsten Tagen demnach noch einige symbolische Begräbnisse oder friedliche Proteste geben. Aber so ist halt Demokratie: Die Mehrheit entscheidet, ob sie nun auf dem steigenden oder sinkenden Ast sitzt.